

A13 Böllerverbot jetzt!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein möge beschließen:
- 2 Jedes Jahr führen wir ab November eine Debatte um das Böllern an Silvester.
- 3 Während es in den vergangenen Jahren aufgrund der Corona-Pandemie zu einem
- 4 Verkaufsverbot für Böller und Feuerwerk kam, war der Kauf und das Abbrennen von
- 5 Feuerwerk dieses Jahr deutschlandweit fast überall wieder erlaubt.
- 6 Die Vorteile, die mit einem Verbot einhergehen, sind für uns klar: Die
- 7 Feinstaubbelastung ist geringer, es entsteht weniger Müll, es kommt zu weniger
- 8 Verletzungen für Tiere und Menschen und weniger Menschen müssen ihren Alltag
- 9 einschränken. Denn durch das Feuerwerk werden zahlreiche Menschen nicht nur an
- 10 Silvester, sondern auch Tage vorher belastet. Insbesondere für
- 11 Tierbesitzer*innen und Familien mit kleinen Kindern führt dies zu einer nicht
- 12 notwendigen Einschränkung. Außerdem kann die Geräuschkulisse vor allem für
- 13 Menschen mit Fluchterfahrungen oder demente Personen retraumatisierend wirken.
- 14 Deswegen setzen wir uns für ein deutschlandweites Böller- und Feuerwerksverbot
- 15 für Privatpersonen ein. Wir fordern die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer
- 16 Möglichkeiten das Böllerverbot umzusetzen und ein Böllerverbot als
- 17 Bundesratsinitiative einzubringen.
- 18 Wir verurteilen die rassistische Debatte im Nachgang des letztjährigen
- 19 Silvesters auf Schärfe. Insbesondere erschreckt uns, wie offen diskriminierend
- 20 Teile der CDU/CSU und FDP aufgetreten sind. Wir setzen uns deswegen für mehr
- 21 rassismuskritische Bildungsarbeit und Aufklärung in Schleswig-Holstein ein.
- 22 Diese muss sowohl innerhalb als auch außerhalb des schulischen bzw.
- 23 universitären Kontextes kostenlos zugänglich sein. Aus mehreren
- 24 Debattenbeiträgen der letzten Jahre wissen wir, dass die schleswig-holsteinische
- 25 Bildungsministerin nicht genug Sensibilität für den Themenbereich
- 26 Diskriminierung besitzt. Deswegen soll die Zuständigkeit hierfür beim
- 27 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und
- 28 Gleichstellung liegen.